

Vor zwei Monaten prügelten Polizisten die iranische Kurdin Mahsa Zhina Amini zu Tode. Seitdem ist der Iran in Aufruhr. Amnesty International dokumentiert die Fälle der vom iranischen Staat getöteten Demonstrierenden.

## »Damit die Welt Bescheid weiß«

Iran-Expertin Raha Bahreini spricht über die Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte

Amnesty International hat die Verbrechen der iranischen Sicherheitskräfte untersucht. Was ist das Ergebnis?

Wir haben zahlreiche Vorfälle dokumentiert, in denen Sicherheitskräfte mit scharfer Munition auf Demonstranten schossen: in den Kopf, in die Brust und in lebenswichtige Organe. Dabei ist der Einsatz von scharfer Munition nicht deshalb erfolgt, weil den Sicherheitskräften eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben drohte, die den Einsatz von Schusswaffen rechtfertigen würde. Sobald die Proteste beginnen und sich an einem Ort ausweiten, schießen sie mit scharfer Munition auf die Demonstranten, um sie auseinanderzutreiben. Wir haben Augenzeugen aus verschiedenen Städten interviewt, die beschreiben, wie die Sicherheitskräfte wahllos in die Menge schossen, Umstehende und Demonstranten töteten. Mehrere Opfer, die wir identifiziert haben, wurden in den Rücken geschossen, als sie vor den Sicherheitskräften wegliefen.

Können Sie Einzelfälle benennen?

Wir haben zum Beispiel den Tod eines 16-Jährigen am 21. September in der Stadt Dehdascht im Westen Irans dokumentiert, der sich den Protest nur ansah und nicht erkannte, dass er in der Schusslinie stand. In der südöstlichen Provinz Sistan-Belutschistan haben wir bislang mehr als 100 Tötungsfälle dokumentiert, darunter 16 Kinder. Allein am 30. September wurden in der Provinzhauptstadt Zahedan im Laufe mehrerer Stunden zwischen 80 und 90 Menschen getötet.

Welche Verbrechen sind besonders brutal? Die Sicherheitskräfte setzen Metallpellets ein. Jede Patrone enthält Hunderte solcher kleinen Metallkugeln. Sobald sie abgefeuert werden, werden die Pellets verstreut und

schlagen auf den Körpern der Demonstranten ein. Solche Munition ist nach internationalem Recht streng verboten. Diese Kugeln werden mit Schrotflinten verschossen und sind für die Jagd auf Kleintiere wie Kaninchen und Vögel bestimmt. Ich habe Bilder von Demonstranten gesehen, deren Körper übersät waren von diesen Kugeln. Die Pellets dringen in den Körper ein und müssen operativ entfernt werden. Viele Demonstranten wenden sich aber nicht mehr an Kliniken – aus Angst, dort verhaftet zu werden, sondern an ein Untergrundnetz aus Krankenschwestern und Ärzten, die die Pellets entfernen. Manchmal bleiben die Kugeln wochenlang im Körper der Demonstranten und können Infektionen verursachen.

Auf Videos sieht man auch, wie Polizisten Demonstranten verprügeln.

Ja es gibt Aufnahmen von Sicherheitskräften, die mit Schlagstöcken auf Demonstranten einschlugen, sie traten, schubsten, zu Boden rissen, Frauen an den Haaren zogen und an die Brust griffen. Die Schläge haben auch zum Tod geführt: Von den insgesamt 33 Kindern, deren Tod wir bislang feststellen konnten, sind fünf zu Tode geprügelt worden, vier Mädchen und ein Junge. Und auf ihrem Totenschein steht, dass sie tödliche Verletzungen am Kopf erlitten hätten.

Wie hoch ist derzeit die Zahl der von Ihnen dokumentierten getöteten Menschen? Seit dem 19. September, als die ersten Todesfälle auftraten, haben wir den Tod von über 200 Männern, Frauen und Kindern dokumentiert, deren Namen wir haben. Die tatsächliche Zahl der Todesopfer ist jedoch höher, da wir Zeit brauchen, um die gemeldeten Todesfälle ordnungsgemäß zu untersuchen und unsere Zahlen zu aktualisieren. Unter den Getöteten haben wir bisher mindestens 33 Kinder erfasst, darunter vier Mädchen; weitere Fälle untersuchen wir noch. Wir messen der Zahl weniger Bedeutung zu, da sie sich ständig ändert. Wir möchten, dass die Menschen die Namen dieser Kinder kennen und mit ihren Gesichtern und Geschichten vertraut werden.

Wie können Sie feststellen, wie eine Person zu Tode gekommen ist?

Unser Bestreben war es, bei jedem tödlichen Vorfall Augenzeugen oder Familienangehörige der Opfer aufzufinden, um zu verstehen, wie die Sicherheitskräfte mit scharfer Munition schossen und andere Formen der Gewalt anwandten, um die Proteste niederzuschlagen. Unsere Dokumentation beinhaltet auch immer Bemühungen, Bilder der Getöteten zu identifizieren und ihre Totenscheine zu beschaffen, in denen die Todesursache festgehalten ist. Außerdem beobach-



Iranische Sicherheitskräfte schossen Khodanur Lajai in den Rücken, banden ihn mit Handschellen an einen Fahnenmast. Er starb in Zahedan.

ten wir die sozialen Medien sehr genau und versuchen herauszufinden, ob Bilder von Beerdigungsplakaten oder Videos von Beerdigungszeremonien online gestellt wurden. Auf Beerdigungsplakaten im Iran sind das Bild des Verstorbenen und der vollständige Name des Verstorbenen angegeben. So versuchen wir, uns ein Bild davon zu machen, wie viele Menschen getötet wurden, die Namen zu erfassen sowie die Umstände ihrer Ermordung zu dokumentieren. Der Umfang der Informationen, die Menschenrechtsverteidiger und Journalisten sammeln und weitergeben, ist unglaublich und zeigt, dass die Menschen wollen, dass die Außenwelt davon erfährt – trotz aller Bemühungen der iranischen Sicherheitskräfte, die begangenen Verbrechen zu verbergen.

Gehen Sie nach Richtlinien vor?

Wir folgen einer strengen Methodik, um Todesfälle zu dokumentieren. Die Zahl der erfassten Todesfälle ist auf das Ausmaß beschränkt, in dem wir in der Lage waren, sie namentlich zu identifizieren. Es gibt viele Berichte über Todesfälle, bei denen der Name des Opfers nicht identifiziert werden kann, und diese werden von uns untersucht, aber erst dann in unsere Zählung aufgenommen, wenn wir Informationen über den Namen des Opfers verifiziert haben.

Gibt es international genug Unterstützung für die Protestbewegung im Iran?

Die weltweite Welle des Mitgefühls und der Wut war sehr inspirierend und hat die Sichtweise der Menschen im Iran verändert. Und die Forderungen der Menschen im Iran nach einem Übergang zu einem System, das ihren Grundrechten und Freiheiten entspricht, finden mehr Gehör als zuvor. Aber auf internationaler Ebene muss dringend mehr getan werden, um das Recht auf Protest im Iran zu schützen und weiteres Blutvergießen zu verhindern. Die Regierungen, die sich im UN-Menschenrechtsrat und in der UN-Generalversammlung engagieren, müssen verstehen, dass die Opfer im Iran keinen Zugang zu irgendeiner Form von Gerechtigkeit haben, weil es keine unabhängige Justiz gibt. Und es ist die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, auf internationaler Ebene Mechanismen zur Rechenschaftspflicht zu finden.

Welche Art von Mechanismen?

Die Zivilgesellschaft fordert die Einrichtung eines unabhängigen internationalen Mechanismus mit den Funktionen Berichterstattung, Rechenschaftspflicht und Beweissicherung. Dieser Mechanismus wäre mit ausreichenden Mitteln ausgestattet, um Beweise für die schweren Verbrechen zu sammeln und zu analysieren, um die Täter zu

identifizieren und um auf internationaler Ebene über die begangenen völkerrechtlichen Verbrechen zu berichten. Der Mechanismus hätte eine große Wirkung, da er den iranischen Behörden signalisieren würde, dass die internationale Gemeinschaft eingegriffen hat, um die Täter zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen, um Beweise für diese schweren Verbrechen zu sichern.

Würde sich das iranische Regime davon beeindruckt lassen?

Das könnte zumindest einige Täter auf mittlerer Ebene davon abhalten, das Blutvergießen fortzusetzen. Es ist auch eine wichtige Botschaft an die Familien der Opfer, dass ihr Schrei nach Gerechtigkeit endlich von der internationalen Gemeinschaft erhört wird. Außerdem müsste der Mechanismus alle sechs Monate öffentlich Bericht erstatten, damit die Welt über die begangenen Verbrechen Bescheid weiß, und über eine Infrastruktur zur Beweissicherung verfügen, die dann Staatsanwälten und nationalen Stellen in verschiedenen Ländern zur Verfügung gestellt werden könnte, um sicherzustellen, dass die Täter später ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden können. Dies ist für den Iran absolut unerlässlich, da es in diesem Land keine unabhängige Justiz gibt, und das ist es, worum uns die Familien der Opfer ständig bitten.

### INTERVIEW



AMNESTY&NSP;INTL

Raha Bahreini ist eine iranisch-kanadische Menschenrechtsanwältin. Sie arbeitet als Forscherin bei Amnesty International und ist für den Iran zuständig. Davor hat sie die Arbeit des Uno-Sonderberichterstatters für die Menschenrechtslage im Iran unterstützt. Mit ihr sprach Cyrus Salimi-Asl.

## Iran will den Aufruhr der Bevölkerung mit der Todesstrafe ersticken

Deutsche Juristinnen und Juristen solidarisieren sich mit den Demonstrationen im Iran und mit ihren Anwaltskollegen

Die Repression der iranischen Protestbewegung findet nicht nur auf der Straße statt, sondern auch im Gerichtssaal. Das erste Todesurteil wurde verhängt.

CYRUS SALIMI-ASL

Die Islamische Republik Iran ist seit langem dafür bekannt, die Todesstrafe auch bei geringfügigen Vergehen großzügig einzusetzen, insbesondere gegen Minderheiten oder Personen, die sich der LGBTQ-Community zugehörig fühlen. Zusammen mit Ägypten und Saudi-Arabien gehört das Land mit zur Weltspitze bei der Anwendung der Todesstrafe, 80 Prozent aller bekannten Hinrichtungen gingen auf das Konto der drei Länder, so Lena Hornkohl von der Amnesty International Koordinationsgruppe gegen die Todesstrafe. In diesen Tagen setzt der Iran diese Höchststrafe auch gegen Demonstrierende ein, die mit

dem politischen System ihres Landes unzufrieden sind.

Wenig überraschend also, dass beim Weltkongress gegen die Todesstrafe, der am Dienstag in Berlin begann, Iran ein Thema war. Außenministerin Annalena Baerbock sagte in ihrer Rede, aktuell sei zu erleben, dass insbesondere autoritäre Staaten »die Todesstrafe nicht anwenden, um schlimmste Verbrechen zu ahnden, sondern um Menschen zu bestrafen, weil sie aus deren Sicht die Falschen lieben oder nur ihre Meinung geäußert haben«.

Die Ministerin verwies explizit auf den Iran, wo vor wenigen Tagen erstmals ein Todesurteil im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Führung des Landes verhängt wurde – »und wo das Regime weiteren Demonstranten mit der Todesstrafe droht«. Im Sender Welt TV sagte Baerbock zudem, der Kongress sei »auch ein Zeichen an die iranische Führung, dass wir mit

Blick auf die Todesurteile, die dort gerade ausgesprochen werden, genauestens hinschauen«.

Eine Initiative aus acht deutschen Jurist\*innen-Organisationen hat sich zu einem Solidaritätsbündnis zusammengeschlossen, um die iranischen Kolleg\*innen angesichts der Gerichtsverfahren gegen die Demonstrierenden zu unterstützen. »Die Todesstrafe ist juristisch unmenschlich und unbedingt zu stoppen«, sagt gegenüber »nd« Peer Stolle, Rechtsanwalt und Vorsitzender des Republikanischen Anwaltinnen- und Anwälteverein (RAV). Es sei nicht hinnehmbar, dass Menschen, die für die Freiheit und ihre Rechte auf die Straße gehen, mit dem Tode bestraft werden.

»Die Menschen auf den Straßen Irans, die zum Tode Verurteilten, brauchen unsere ungebrochene Solidarität. Gerade als Rechtsanwält\*innen stehen wir ein für die Verteidigung der Menschenrechte.« Das Bündnis wolle wei-

ter »Druck aufbauen« und fordere, die »politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Iran einzustellen«, so Stolle. Er wies darauf hin, dass die angeklagten Demonstrierenden in anstehenden Prozessen zudem kaum Aussicht auf einen Rechtsbeistand hätten, da viele Anwälte gar nicht befugt seien, Angeklagte in derartigen Verfahren zu verteidigen. Berichten zufolge wurden bei einer Protestversammlung vor der Anwaltskammer in Teheran, die die mangelhaften Rechtsberatungsmöglichkeiten für verhaftete Demonstrierende kritisierte, sogar mehrere Anwält\*innen festgenommen.

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben als Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen Teherans gegen friedliche Demonstranten zusätzliche Sanktionen gegen den Iran verhängt. Nach Angaben der aktivistischen Nachrichtenagentur HRANA wurden

bisher 336 Demonstranten bei den Unruhen getötet und fast 15100 festgenommen. »Wir stehen an der Seite des iranischen Volkes und unterstützen sein Recht, friedlich zu protestieren und seine Forderungen und Ansichten frei zu äußern«, erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.

Zu den von der EU mit Reiseverboten und dem Einfrieren von Vermögenswerten belegten Personen gehören vier Mitglieder der Gruppe, die iranische Kurdin Mahsa Zhina Amini verhaftet hat, hochrangige Mitglieder der Revolutionsgarden und der iranische Innenminister Ahmad Vahidi, heißt es in einer EU-Erklärung. Die Sanktionen sollen »eine klare Botschaft an diejenigen senden, die glauben, sie könnten ihr eigenes Volk ohne Konsequenzen unterdrücken, einschüchtern und töten«, sagte Außenministerin Baerbock vor einem Treffen mit ihren EU-Kollegen in Brüssel.